

INFORMATIONSDIENST DER PLATTFORM EDUCARE

Von: INFORMATIONSDIENST DER PLATTFORM EDUCARE [Informationsdienst@Plattform-EduCare.org]

Gesendet: Freitag, 09. September 2011 11:05

An: Administratorin der Plattform EduCare

Betreff: Kein 9/11 für Österreichisches Bildungssystem!

Anlagen: image001.jpg; image007.png; image013.gif; image018.emz; image020.emz; image022.emz



Plattform EduCare

elementare und außerschulische Bildung

PRESSEDIENST

<http://www.Plattform-EduCare.org>

Pressediens@Plattform-EduCare.org

Telefon: +43 (664) 73592265

Sie finden uns auch auf 

Elementarbildungs-Informationsblog 

Kein 9/11 für Österreichisches Bildungssystem!

Im Sinne vor allem von Chancengleichheit muss das österreichische Bildungssystem den Gegebenheiten des 21. Jahrhunderts angepasst werden.

Ein inklusives Bildungssystem von der Kinderkrippe bis zum Ende der Schulpflicht (und darüber hinaus), das allen dieselben Chancen für ihre Zukunft bietet, die unsere Mädchen und Buben in ihrer Vielfalt berücksichtigt und fördert, Geschlecht, ethnische, sprachliche und kulturelle Hintergründe, religiöse und weltanschauliche Überzeugungen, Familienstrukturen, soziale Lage sowie besondere Fähigkeiten und Behinderungen mit einbezieht, ist angesagt.

Reformer – auch und insbesondere innerhalb der ElementarpädagogInnen - haben einen schweren Stand – nicht zuletzt auch und besonders deswegen, weil aufgrund vielfacher organisatorischer Mängel jede Erneuerung als Bedrohung gesehen wird.

Die Mehrzahl der PädagogInnen „spürt“ jedoch instinktiv die vorhandenen Mängel – versucht bis zum Ausgebranntsein dagegen anzukämpfen. Fühlt sich aber außerstande, grundlegende Änderungen durchzusetzen – auch aus Angst vor der eigenen Zukunft.

Es liegt an der Öffentlichkeit, den Eltern und den PädagogInnen, hier gegensteuernd tätig zu werden! „Die Politik“ scheint dazu nicht die Kraft und/oder den Willen zu haben.

Alle ElementarpädagogInnen, alle an der Zukunft Österreichs Interessierten sind aufgerufen, das Bildungsvolksbegehren zu unterschreiben – ganz gleich, ob einzelne Punkte – aus welchem Grund auch immer - vielleicht nicht mitgetragen werden könne: „DIE RICHTUNG STIMMT!“.

Eintragungszeit: 3. bis 10. November 2011



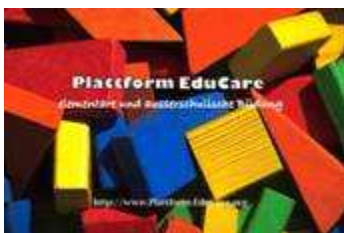
Während dieser 8-tägigen Eintragsfrist sind alle

stimmberechtigten Österreicherinnen und Österreicher aufgerufen, an den entsprechenden Gemeindeämtern das Volksbegehren zu unterschreiben.

Alle österreichischen Staatsbürgerinnen und Staatsbürger, die in Österreich ihren Hauptwohnsitz haben und am letzten Tag des Eintragungszeitraumes das 16. Lebensjahr vollendet haben, können das Volksbegehren mit ihrer Unterschrift unterstützen.

Damit eine parlamentarische Behandlung der Bildungsinitiative zustande kommt, sind 100.000 gültige Eintragungen erforderlich. Dabei werden die bereits vorgelegten rd. 52.000 Unterstützungserklärungen angerechnet.

Einige Stimmen dazu:



"Wir unterstützen das Volksbegehren, weil sich wesentliche Forderungen der **Plattform EduCare** im Antragstext wiederfinden. Für uns ist entscheidend, dass die elementare Bildung aufgewertet und die gemeinsame Ausbildung aller Pädagoginnen und Pädagogen gefordert wird. Das ist erfüllt.", stellt Heidemarie Lex-Nalis vom Steuerteam der Plattform EduCare zum Text des Bildungsvolksbegehrens fest und ergänzt, dass „Vertreter der

ElementarpädagogInnen von Anfang an sowohl in die Entscheidungsfindung als auch in die Redaktion des [Antragstextes](#) voll miteingebunden waren“.



Der ÖDKH unterstützt das Bildungsvolksbegehren - "Wir fordern mittels Bundes(verfassungs)gesetzlicher Regelung ein faires, effizientes und weltoffenes Bildungssystem, das so früh wie möglich alle Begabungen des Kindes fördert und Schwächen ausgleicht" ist die zentrale Forderung des Bildungsvolksbegehrens - und auch der

ElementarpädagogInnen Österreichs, sagt Raphala Keller, die stellvertretende Vorsitzende des **Österreichischen Dachverbandes der Kindergarten- und HortpädagogInnen**.



Gernot Rammer, Bundesgeschäftsführer der **Österreichischen Kinderfreunde** betont die Bedeutung des Volksbegehrens für den Bereich der Elementarbildung. „Wir Kinderfreunde haben mit vielen Initiativen dazu beigetragen,

den Kindergarten als erste elementare Bildungseinrichtung ins öffentliche Bewusstsein zu rücken. Das Volksbegehren greift das auf, und wird dazu beitragen, den Stellenwert der Elementarbildung weiter zu heben“. Österreich braucht die besten Bedingungen und die besten PädagogInnen für unsere kleinsten Kinder.



Der **Bundesverband Österreichischer Elternverwalteter Kindergruppen** unterstützt das Volksbegehren und ruft alle Eltern, Alleinerziehende, Pädagoginnen und Pädagogen auf, sich daran zu beteiligen. „Das Bildungsvolksbegehren eröffnet unseren Buben und Mädchen die Chance,

Bildung zu erhalten, die sie befähigt, das Leben zu meistern“ bekräftigt Tanja Täuber vom BÖE.



„Jetzt wäre Zeit, Österreich zu ändern. Der offensichtliche Mangel an Umsetzungswillen zwischen den Betroffenen - Bund, Länder, Gemeinden - lässt begrüßenswerte Ansätze an verschiedenen ‚Fronten‘ scheitern. Die Spitzen der Politik scheinen – trotz gegenteiliger Äußerungen - rat- oder mutlos zu sein, statt sich gemeinsam bereit zu erklären, ohne Scheuklappen und vorgeblich ideologischen Barrieren eine Reform einzuläuten, die von der Elementarpädagogik bis zur Universität die Bildung auf komplett neue, tragfähige Säulen stellt – daher unterstützt die **Berufsgruppe von Kindergarten- und HortpädagogInnen Wiens** das Bildungsvolksbegehren unterstreicht Heidi Prammer von der BKHW.

Als Organisation tragen **Caritas** und **Diakonie** das Volksbegehren mit: Das sei nicht die Aufgabe von Hilfsorganisationen, sind sich die beiden Organisationen einig.



Das Volksbegehren setze aber einen wichtigen Akzent in der Bildungsdebatte, sagt etwa die **Caritas**. Generell wünsche man sich eine möglichst breite Diskussion unabhängig von "parteilichem Blick" sowie einen Fokus auf Lösungsmöglichkeiten, wie Kinder durch Bildung der Armutsspirale entkommen könnten.

Die Zusammenarbeit zwischen Eltern und Pädagogen gestärkt werden, die bereits im Kindergarten beginne. "Der Kindergarten ist nicht nur die erste Bildungseinrichtung, er muss auch zum ersten Familienbildungszentrum werden. Hier besteht die ganz große Chance, auch Eltern auf die Bildungsreise mitzunehmen", so Caritas-Präsident Küberl.

Der Ausbau ganztägiger, ganzheitlicher Bildungsangebote sei ein Weg Chancengerechtigkeit in Österreich zu schaffen, ist Landau überzeugt. Der Ausbau der Schulreform würde auch den Eltern eine bessere Vereinbarkeit von Beruf und Familie ermöglichen, gerade für Kinder aus sozial benachteiligten Schichten sei das ein wichtiges Angebot. Um soziale Unterschiede auszugleichen, müsse es vielfältige künstlerische, musikalische und sportliche Schulangebote geben.



Der Direktor der Diakonie, Chalupka, erachtete als wesentlich, dass es "soziale Durchlässigkeit vom Kindergarten bis zur Universität" sowie eine Binnendifferenzierung im Schulwesen geben soll. Er hob auch die Gleichstellung von Kindergärten und Schulen hervor: Es sei erfreulich, dass Kindergarten als "Bildungsinstitution" und nicht nur als eine Art "Vorform" für die Vorbereitung auf die Schule wahrgenommen werde. Erfreulich sei auch die Forderung nach einem Bildungssystem, das einzelne Fähigkeiten und Talente unterstütze und individuell fördere und fordere, erklärte der Diakonie-Direktor. Die Forderung nach Ganztageschulen sei "für die Diakonie eine Selbstverständlichkeit".



Das Präsidium der **Lebenshilfe Österreich** ruft alle Mitglieder

zur Unterstützung des Volksbegehrens auf. Wesentliche Punkte darin stimmen mit den Forderungen der Lebenshilfe nach einer inklusiven Schule für alle überein: „Wir fordern ein sozial faires, inklusives Bildungssystem, in dem die Trennung der Kinder nach ihren Interessen und Begabungen erstmals am Ende der Schulpflicht erfolgt. Das heißt: Jedes Kind in Österreich hat Anspruch auf alle gebotenen Chancen, unabhängig von seinem Geschlecht, seiner sozialen, kulturellen, sprachlichen, religiösen oder regionalen Herkunft sowie seiner Begabung. Diese Vielfalt stellt eine Bereicherung dar und führt bei professioneller Umsetzung zu einer Anhebung des allgemeinen Niveaus, da jedes Kind individuell gefördert und gefordert wird.“



Die **Katholische Jugend Österreich** sieht im heute präsentierten Antragstext zum Bildungsvolksbegehren wesentliche Punkte zur Änderung des Bildungssystems angerissen, einige Forderungen gehen jedoch nicht weit genug. Nichtsdestotrotz hofft die Katholische Jugend Österreich, dass "die Regierung das Bildungsvolksbegehren als Chance sieht, eine umfassende Reform im Bildungssystem umzusetzen, bei der auch Jugendliche ein gewichtiges Wort mitzusprechen haben", so

Matthias Zauner von der KJ.



Die Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer machen sich Sorgen um die Bildungschancen ihrer Kinder – und das zu Recht. Wir wollen, dass alle Kinder, unabhängig von ihrer Herkunft, gleich gut gefördert werden.

Derzeit zementiert unser Bildungssystem soziale Nachteile, statt sie auszugleichen.

Der Präsident der **Arbeiterkammer** und des **ÖGB** Oberösterreichs, Kalliauer, unterstreicht: „Wir brauchen eine Aufwertung der Elementarbildung, das heißt, die bestmögliche Förderung so bald wie möglich. Und wir brauchen dafür eine bundeseinheitliche Struktur.“



„Wir brauchen einen Bildungsfahrplan, der bereits im Kindergarten und in der Volksschule beginnt und zu umfassenden Reformen und einer drastischen

Qualitätsverbesserung im Bildungswesen führt“ erklärt dazu Präsident Pöttinger von der **Industriellenvereinigung**.



Die **Initiative BildungGrenzenlos** begrüßt das Bildungsvolksbegehren, weil es

geeignet erscheint, über alle Parteigrenzen hinweg den Stellenwert von Bildung ins Bewusstsein der Öffentlichkeit zu heben und Bewegung in eine völlig erstarrte bildungspolitische Landschaft zu bringen. Wenn politische Entscheidungen aufgrund ständiger einfluss- und machtorientierter Blockaden nicht zustande kommen, ist die Zivilgesellschaft aufgerufen ein Zeichen zu setzen!



Die **Köck Privatstiftung - Initiative Neues Lernen** - unterstützt seit Jahren Bemühungen zur Reform des österreichischen Bildungssystems - und

so auch das aktuelle Bildungsvolksbegehren. Stiftungsbeirat Christian Köck sieht im Bildungsvolksbegehren die besondere Chance für einen umfassenden gesellschaftlichen Diskurs über den Stellenwert von Bildung in der österreichischen Gesellschaft.

Kurztext Unterstützungserklärung

Wir fordern mittels bundes(verfassungs)gesetzlicher Regelung ein faires, effizientes und weltoffenes Bildungssystem, das vom Kleinkind an alle Begabungen fördert und Schwächen ausgleicht, autonome Schulen unter Einbeziehung der SchulpartnerInnen und ohne Parteieneinfluss, eine leistungsdifferenzierte, hochwertige gemeinsame Schule bis zum Ende der Schulpflicht und ein Angebot von ganztägigen Bildungseinrichtungen, eine Aufwertung des LehrerInnenberufs und die stetige Erhöhung der staatlichen Finanzierung für Universitäten auf 2% des BIP bis 2020.

Begründung und Längstext der Forderungen zur Unterstützungserklärung

Bildung bestimmt die Zukunft jedes/jeder Einzelnen, somit der Gesellschaft insgesamt und ihres wirtschaftlichen Wohlstandes. Wir sind ein Land ohne Rohstoffe, die Fähigkeiten unserer Jugend sind eine wichtige Voraussetzung für unsere Zukunft. Diese bestmöglich durch Bildung zu entwickeln, ist auch Ausdruck von Generationengerechtigkeit.

Aufgrund des dramatischen Qualitätsverlustes wird unser Bildungssystem diesen Anforderungen und Zielen nur unzulänglich gerecht. Daher muss es radikal geändert werden. Es gilt, das Bildungsniveau so rasch wie möglich deutlich anzuheben und die Leistungsfähigkeit des Bildungssystems zu steigern. Ein faires, effizientes und weltoffenes Bildungssystem muss auch größtmögliche Chancengleichheit für alle eröffnen. Es geht um Österreich und seine Zukunft. Österreich darf nicht sitzen bleiben!

1. Wir fordern ein modernes, unbürokratisches und weitgehend autonomes Schulsystem unter Einbeziehung der SchulpartnerInnen und ohne parteipolitische Einflüsse. Das heißt:

Das Ministerium gibt die Bildungsziele vor, bietet Aus- und Weiterbildung für alle PädagogInnen an, sorgt für die Ausstattung der Schulen und ist für die Qualitätssicherung verantwortlich (strategische Aufgaben).

Die Bezirksschulräte werden samt ihren parteipolitisch zusammengesetzten Kollegien ersatzlos gestrichen; die Kollegien der Landes(Stadt)schulräte werden gleichfalls aufgehoben, aber als Schulpartnerräte neu gestaltet.

Schulleitungen und LehrerInnen erhalten Gestaltungsflexibilität. Für die Festlegung der pädagogischen Ziele und das Personalmanagement sind die Schulen autonom zuständig. Die SchulpartnerInnen müssen dabei in die Verantwortung eingebunden werden (operative Aufgaben).

2. Wir fordern die Gleichstellung der Kindergärten mit den Schulen und der KindergartenpädagogInnen mit den LehrerInnen. Das heißt:

Kindergärten kommen in die Bundeszuständigkeit.

KindergartenpädagogInnen erhalten dieselbe gemeinsame universitär-akademische Ausbildung wie alle anderen LehrerInnen.

Sämtliche PädagogInnen sollen grundsätzlich ein- und dasselbe Bundesdienstrecht und Besoldungsrecht erhalten, bei dem die Anfangsbezüge deutlich erhöht sind; zudem werden finanzielle Leistungsanreize eingebaut.

3. Wir fordern ein flächendeckendes Angebot

elementarpädagogischen Einrichtungen (Krabbelstuben, Kinderkrippen, Kindergärten), sowie bundesweite Ganztagsangebote. Das heißt:

Familien, in denen Eltern berufstätig sind, brauchen so früh wie möglich pädagogisch betreute Einrichtungen für ihre Kinder.

Da Kinder schon ab Geburt ganz natürlich lernen, sollen sie in diesen Einrichtungen eine optimale, altersgemäße, pädagogische Förderung erhalten. Die Schnittstelle zwischen Kindergarten und Volksschule muss optimiert werden.

Überführung der Kindergärten in die Bundeskompetenz sowie ein flächendeckendes Angebot an ganztägigen Einrichtungen bis zum Jahr 2020.

Die Volksschule selbst ist organisatorisch, pädagogisch und finanziell in die Lage zu versetzen, die Grundfertigkeiten Lesen, Schreiben, Rechnen und freie Rede wieder so zu vermitteln, dass die gegenwärtigen Defizite abgebaut werden.

Jede Bildungsinvestition im frühkindlichen Alter macht sich später um ein Vielfaches bezahlt.

4. Wir fordern ein Bildungssystem, in dem alle Kinder und Jugendlichen so früh wie möglich in ihren Talenten und Fähigkeiten kontinuierlich gefördert und in ihren Schwächen unterstützt werden. Das heißt:

Jedes Kind besitzt besondere Fähigkeiten, sei es auf intellektuellem Gebiet, in der Musik, im Sport, in handwerklicher Weise, in der Ökonomie, beim Theaterspielen usw. Alle diese Talente sind gleichwertig. Werden sie anerkannt, entsteht Selbstwertgefühl. Alle besonderen Begabungen, Talente und Leistungen müssen gefördert und gefordert werden (Begabtenförderung); die Schwächen von jungen Menschen auf anderen Gebieten müssen gezielt beseitigt werden, um die Freude am Lernen zu erhalten. Nur so können Ergebnisse erzielt werden, die in der Gesellschaft und der Arbeitswelt für das persönliche Weiterkommen notwendig sind. (Leistungs- und berufsorientierte Differenzierung). Es darf kein Kind zurückgelassen werden.

Der Unterricht in der Schule muss vielfältig sein. Selbstständiges, kreatives Lernen, LehrerInnen-Vortrag, Projektunterricht und Praktika, Auflösung des Fächerkanons und Sprengung des Korsetts der 50-Minuten-Stunde, Einüben in soziale Fertigkeiten, Theaterspiel und Sport, Kunsterleben wechseln einander ab. Die Schule muss eine faszinierende Welt werden, die auf das spätere Leben in der Gesellschaft und in der Wirtschaft vorbereitet. Dazu brauchen wir auch eine neue Schularchitektur für flexiblen Unterricht, sowie eine neue Gestaltung der Schulumgebung für Sport und Freizeit.

Eine flächendeckende Umstellung auf individuellen und vielfältigen Unterricht mit innerer Differenzierung bis zum Jahr 2020.

Bildung umfasst auch Ausbildung. Diese muss durchlässig und ohne Sackgassen sein. Wir müssen daher Rahmenbedingungen schaffen, die vor allem für Pflichtschulabgänger und Lehrlinge einen Bildungsaufstieg (Nachholen von Abschlüssen, Matura, FH- und Uni-Abschluss) verlässlich ermöglichen.

5. Wir fordern die systematische Abschaffung des Sitzenbleibens und ein Ende der Nachhilfe. Das heißt:

Zunächst brauchen wir eine Änderung der pädagogischen Einstellung. Sitzenbleiben ist kein Zeichen guter Schulen. Bei uns bleiben nahezu 40.000 SchülerInnen jährlich sitzen. In

anderen erfolgreichen PISA-Ländern gibt es das nicht.

Dasselbe gilt für die Nachhilfekosten. Österreichs Eltern zahlen jährlich 140 Millionen Euro für Nachhilfe, in anderen PISA-Ländern kennt man Nachhilfe so gut wie nicht.

Dazu brauchen wir strukturelle Reformen: Einführung von modularem Unterricht und Kurssystemen. Damit müssen schlimmstenfalls nur mehr einzelne Module wiederholt werden und nicht eine ganze Klasse. Kurssysteme in der Oberstufe reduzieren das Sitzenbleiben ebenfalls und bereiten zudem besser auf Fachhochschulen und Unis vor.

Schließlich helfen Ganztagschulen ganz entschieden, das Sitzenbleiben zu verhindern und die Nachhilfe entbehrlich zu machen.

Die Umsetzung dieser strukturellen Reformen muss stetig und zügig bis zum Jahr 2020 erfolgen.

6. Wir fordern ein flächendeckendes Angebot an Ganztagschulen. Das heißt:

In den Halbtagsschulen ist schon heute keine Zeit für das Wiederholen und Vertiefen. Das muss momentan zu Hause geschehen, häufig mit hohen Nachhilfekosten. In der kurzen Vormittagszeit gibt es auch viel zu wenig Möglichkeiten für Musik, Sport, Theater und handwerklichen Unterricht. Und schließlich brauchen wir permanente Begabtenförderung und Unterstützung für Schwächere. Tagesarbeitszeiten für SchülerInnen von 12 Stunden und mehr sind im gegenwärtigen Halbtagssystem keine Seltenheit. Doch brauchen auch SchülerInnen Freizeit und Entspannung.

Daher müssen 8-stündige, verschränkte Ganztagschulen die Regel werden: Nur wenn sich LehrerInnen und SchülerInnen über den Tag hin beim Lernen, Spielen, im Sport und beim gemeinsamen Mittagessen treffen, entstehen vertrauensvolle Beziehungen, die eine wesentliche Voraussetzung für erfolgreiches Lernen sind. Österreich ist eines der letzten Länder in Europa mit einer Halbtagsschule.

Ein flächendeckendes Angebot an Ganztagschulen mit entsprechendem Ausbau und Neubau von Schulgebäuden bis zum Jahr 2020.

7. Wir fordern ein sozial faires, inklusives Bildungssystem, in dem die Trennung der Kinder nach ihren Interessen und Begabungen erstmals am Ende der Schulpflicht erfolgt. Das heißt:

Jedes Kind in Österreich hat Anspruch auf alle gebotenen Chancen, unabhängig von seinem Geschlecht, seiner sozialen, kulturellen, sprachlichen, religiösen oder regionalen Herkunft sowie seiner Begabung. Diese Vielfalt stellt eine Bereicherung dar und führt bei professioneller Umsetzung zu einer Anhebung des allgemeinen Niveaus, da jedes Kind individuell gefördert und gefordert wird. Daher ist auch die volle Inklusion von Kindern mit besonderen Bedürfnissen auf allen Bildungsstufen zu gewährleisten. Bei der Klassenzusammensetzung muss auf sinnvolle Durchmischung geachtet werden.

Hinzu kommt, dass man erst mit 14 bis 15 Jahren die eigentlichen beruflichen Begabungen und Interessen eines jungen Menschen erkennen kann und nicht schon mit 9 1/2 Jahren.

Österreich darf nicht länger unter den schlechtesten Ländern in puncto sozialer Durchlässigkeit rangieren. o Das Schulangebot darf außerdem keine versteckten Zusatzkosten verursachen, wie Kosten für Schulveranstaltungen, Selbstbehalte usw.

8. Wir fordern die Aufwertung des LehrerInnenberufs und einen konkreten Finanzierungsplan für die folgenden Ziele. Das heißt:

Damit sich die LehrerInnen ganz auf ihre vielfältigen Aufgaben konzentrieren können, müssen sie einen modernen Arbeitsplatz haben, von Verwaltungstätigkeiten gänzlich befreit sein und Unterstützung durch ExpertInnen aus dem Gesundheits- und Sozialbereich (SozialarbeiterInnen, PsychologInnen, PsychotherapeutInnen etc.) bekommen. Außerdem ist die Unterstützung durch zusätzliche Deutsch- und Muttersprachen-LehrerInnen für Kinder mit Migrationshintergrund dringend erforderlich.

Wir brauchen PädagogInnen nach entsprechender Auswahl und mit ausgezeichneter Ausbildung sowohl in fachlicher als auch in pädagogischer und persönlicher Hinsicht und ebensolcher Fort- und Weiterbildung. Dadurch wird auch eine faire Grundlage für die persönliche Einschätzung möglich. Zugleich müssen konkrete Laufbahn- und Karrieremodelle für LehrerInnen ausgearbeitet werden.

Eine gemeinsame, bundeseinheitliche Aus-, Fort- und Weiterbildung aller PädagogInnen von Kindergärten bis zur Oberstufe der Höheren Schulen in der Verantwortung der Universitäten. Sie haben sich zur Durchführung dieser Aufgaben aller qualitativ hochstehenden Kräfte der Pädagogischen Hochschulen zu bedienen. Die Umstellung dieser Aus-, Fort- und Weiterbildung ist bis zum Jahr 2015 vorzunehmen.

Ein gemeinsames, modernes und leistungsbezogenes Dienst- und Besoldungsrecht des Bundes bis zum Jahr 2013.

9. Wir fordern einen verbindlichen Ausbau- und Finanzierungsplan für unsere Hochschulen und Universitäten und die jährliche kontinuierliche Erhöhung der öffentlichen Finanzierung auf 2% der Wirtschaftsleistung im Jahre 2020. Das heißt:

Wir müssen möglichst vielen Menschen ein Studium und einen Hochschulabschluss ermöglichen. Dazu ist ein durchgehend stark verbessertes Betreuungsverhältnis notwendig, das Geld kostet.

Eine Studienplatz-Finanzierung, die einerseits den Bedarf anhand von Studienplatzzahlen für alle Studienrichtungen berücksichtigt und andererseits von differenzierten Normkosten ausgeht. Ein solches Modell ist in der Lage, nicht nur den Hochschulzugang sinnvoll zu gestalten, sondern auch Anreize für erwünschte Studienrichtungen zu geben, wie vor allem für Naturwissenschaften, Technik und Mathematik.

Die Finanzierung der öffentlichen Forschung muss in einzelnen Jahresschritten kontinuierlich bis zum Jahr 2015 auf 4% der Wirtschaftsleistung angehoben werden.

Fachhochschulen müssen in die Lage versetzt werden, in möglichst gleichen Jahresschritten ihre Studierenden-Anzahl und die dafür notwendigen Bundesmittel bis zum Jahr 2017 zu verdoppeln.

10. Wir fordern Hochschulqualifikationen für 40% eines Jahrgangs bis zum Jahr 2020. Das heißt:

Gegenwärtig schließen in Österreich nur 22% eines Jahrgangs ein Hochschulstudium ab. Im OECD-Schnitt sind es 36%. Die Zielsetzung lautet daher: Eine Steigerung der Abschlussquote um jährlich 2 Prozentpunkte, damit im Jahr 2020 eine 40%ige AbsolventInnenquote erzielt werden kann.

Wir brauchen eine hohe soziale Durchmischung an Hochschulen und Universitäten. Um dorthin zu kommen, müssen vom Kindergarten bis zu den Hochschulen alle sozialen Zugangshürden abgebaut und das studentische Förderungswesen nachhaltig ausgebaut werden.

11. Wir fordern für das lebenslange Lernen

(Erwachsenenbildung) eine Erhöhung der staatlichen Mittel auf 40% der Aufwendungen für die Erstausbildung bis zum Jahr 2020.

Gegenwärtig gibt der Staat nur einen Bruchteil seiner Aufwendungen für die Erstausbildung der ÖsterreicherInnen für Fort- und Weiterbildung aus. Das ist im Ländervergleich sehr wenig. Selbst wenn man die privaten und betrieblichen Mittel hinzuzählt, kann man kein befriedigendes lebenslanges Lernen realisieren.

Die Erwachsenenbildung muss sicherstellen, dass versäumte Abschlüsse rasch, fair, qualitativ und kostengünstig nachgeholt werden können. Das gilt insbesondere auch für Berufsschulen.

12. Wir fördern ein weltweites Bildungssystem, das Internationalität und kulturelle Vielfalt als Bereicherung ansieht und den MigrantInnen und ihren Kindern faire Bildungs- und Berufschancen einräumt. Das heißt:

MigrantInnen und ihre Kinder müssen durch kalkulierbare Rahmenbestimmungen von der Elementarbildung angefangen bis zum Hochschulabschluss dieselben Bildungs- und Berufschancen haben wie alle BürgerInnen dieses Landes.

Öffentlichkeit bedeutet aber auch die Öffnung der Bildungseinrichtungen zur Gesellschaft und Wirtschaft hin. Die regelmäßige Begegnung von SchülerInnen und Studierenden mit VertreterInnen gesellschaftlicher Einrichtungen und wirtschaftlichen Betrieben gehört zum Bildungsprogramm.